

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	<b>Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss</b>
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 20.11.2014
Sitzung Nummer:	2 ( FHLA/2/2014)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:45 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Havelberg"

---

Carsten Wulfänger

---

Katrin Michaelis  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

#### Mitglieder

Herr Dr. Jörg Böhme

Frau Steffi Friedebold

Herr Jörg Hellmuth

Frau Katrin Kunert

ab 17.20 Uhr

Herr Bernd Prange

Frau Annemarie Theil

Herr Peter Zimmermann

#### von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber

Herr Thomas Hentschel

Frau Susanne Hoppe

Frau Katrin Michaelis

Frau Ina Schulze

### **Abwesend:**

#### von der Verwaltung

Herr Sebastian Stoll

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des FHLA und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 1. Sitzung vom 04.09.2014
- 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen  
Vorlage: 065/2014

- 7 2. Berichtserstattung zur Budgetentwicklung (Stand 30.09.2014) - Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 062/2014
- 8 Anfragen und Hinweise
- 

## **Protokoll**

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Wulfänger eröffnet die 2. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses um 17:02 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des FHLA und der Beschlussfähigkeit**

Herr Wulfänger stellt fest:

- die Ladung zur 2. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses erfolgte fristgerecht und formgerecht
- der Ausschuss ist beschlussfähig

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge hinsichtlich der Tagesordnung bestehen nicht, sodass Herr Wulfänger die Tagesordnung feststellt.

### **zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Da keine Einwohner anwesend sind, entfällt die Fragestunde.

### **zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 1. Sitzung vom 04.09.2014**

Es bestehen keine Einwände zur Niederschrift. Der Landrat stellt somit den öffentlichen Teil der Niederschrift der 1. Sitzung des FHLA vom 04.09.2014 fest.

### **zu TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen Vorlage: 065/2014**

Herr Wulfänger leitet zum Tagesordnungspunkt 6 über und übergibt das Wort an die Amtsleiterin der Kämmerei, Frau Hoppe.

Zunächst erläutert Frau Hoppe die diesjährige Vorgehensweise bei der Verteilung der Haushaltspläne. So fand im Vorfeld bei den Kreistagsmitgliedern eine Umfrage statt, wer sich dazu bereit erklärt den Haushaltsplan in digitaler Form, also per E-Mail und nicht in Papierform, zu erhalten. Hintergrund ist der gestiegene Umfang, der unter anderem zu höheren Druckkosten führt. Daraufhin erfolgte die Verteilung der Haushaltspläne in diesem Jahr erstmalig teilweise per E-Mail. Frau Hoppe erklärt, dass diese Methode begrüßt wird und auch künftig auf Wunsch umgesetzt werden soll. Dennoch besteht auch weiterhin die Möglichkeit, den Haushaltsplan in gedruckter Fassung zu erhalten.

Frau Hoppe stellt die vorbereitete PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist, vor. Zu Beginn wird näher auf das voraussichtliche Jahresergebnis 2013 eingegangen. Zwar kann es laut Frau Hoppe noch Änderungen auf Grund noch zu tätiger Buchungen geben, jedoch wird sich das präsentierte vorläufige Ergebnis 2013 nicht maßgeblich vom tatsächlichen Jahresergebnis unterscheiden. Für das ordentliche Ergebnis wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3,2 Millionen Euro angenommen. Hauptursache ist laut Frau Hoppe die Verschiebung der Umschuldung im Rahmen des Förderprogramms STARK II vom Jahr 2013 in das Jahr 2014 wegen der zu hohen Tilgungsbelastung. Laut statistischem Landesamt ist der Tilgungszuschuss, den der Landkreis im Zuge dieses Förderprogramms erhält, als Ertrag im Jahr der Förderung zu buchen. Durch die Verschiebung fehlt dieser Ertrag in Höhe von 2,2 Millionen Euro im Jahr 2013. Auch die über Plan liegenden Abschreibungen führen zu einer Planabweichung in Höhe von 0,5 Millionen Euro. Mit der Fertigstellung der Eröffnungsbilanz liegen nun erstmalig fundierte Zahlen für die Berechnung der Abschreibung vor. Zum ordentlichen Ergebnis kommen weitere 1,6 Millionen Euro, die der Hochwasserkatastrophe 2013 zuzuordnen sind, als vorläufiges außerordentliches Ergebnis hinzu, sodass derzeit von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4,8 Millionen Euro auszugehen ist. Frau Hoppe fährt mit der Präsentation fort. Als eine Ursache für die Unterschiede der Planzahlen 2015 im Vergleich zu 2014 führt sie an, dass allein durch die Beendigung des Förderprogramms STARK II 3,5 Millionen Euro an Erträgen fehlen.

Herr Kühnel hinterfragt, ob im Zuge der Umstrukturierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom Verbund zum Bedarfssystem der Mehrbedarf, der sich unter anderem aus Hilfen für Asylbewerber und der Schülerbeförderung ergeben wird, nicht hervorgehoben werden kann, um zusätzliche Mittel zu erhalten. Frau Hoppe erklärt daraufhin, dass die Mehrbelastung in den an das statistische Landesamt zu meldenden Statistiken abgebildet wird und das statistische Landesamt den Mehrbedarf somit erkennen kann. Herr Wulfänger ergänzt, dass diesen Mehrbedarf alle Landkreise haben und daher fraglich ist, ob der Landkreis Stendal nach der Festsetzung, die auf den Daten von vor 2 Jahren basiert, tatsächlich mehr Mittel aus dem FAG zugesprochen bekommt.

Frau Hoppe fährt mit ihrer Präsentation fort und erläutert die kasserale Fehlbeträge, die unmittelbar mit den Kassenkrediten, also den Krediten, die der Liquiditätssicherung dienen, zusammenhängen. Die Entwicklung zeigt, dass die Höchstgrenze für aufzunehmende Kassenkredite laut Haushaltssatzung in Höhe von 60 Millionen Euro im Jahr 2014 nahezu ausgeschöpft wurde. Hinzu kommt das im Finanzhaushalt 2015 negative Ergebnis in Höhe von 7,7 Millionen Euro, sodass künftig, auch mit Blick auf einen angekündigten Erlass des Landes Sachsen-Anhalt, davon auszugehen ist, dass der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstrahmen der Kassenkredite genehmigungspflichtig sein wird.

Herr Kühnel verweist auf das derzeit niedrige Zinsniveau. Frau Hoppe erklärt daraufhin die aktuellen Konditionen für Kassenkredite. So konnten kürzlich Kassenkredite zu durchschnittlich 0,24% aufgenommen werden. Die Problematik besteht jedoch in der Abhängigkeit vom Zinssatz. So erläutert sie, dass im Jahr 2008 deutlich mehr, und zwar insgesamt 1,3 Millionen Euro an Zinsen zu zahlen waren, da der Zinssatz bei 4% lag. Herr Dr. Böhme fragt daraufhin, ob für die Kassenkredite keine längere Zinsbindung vereinbart werden kann, um das Zinsrisiko zu minimieren und somit künftig eine gewisse Planungssicherheit zu haben. Frau Hoppe entgegnet daraufhin, dass Kassenkredite per Gesetz nur der kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen dienen und eine langfristige Zinsbindung daher dem Gesetz widersprechen würde. Herr Wulfänger ergänzt, dass der Zinssatz bei längeren Zinsbindungen höher ausfallen würde.

Frau Hoppe fährt mit der Präsentation fort und erklärt die wesentlichsten Faktoren, die zum Volumen der Kassenkredite und somit auch zu einem erhöhten Kassenkreditrahmen in der Haushaltssatzung 2015 in Höhe von 75 Millionen Euro führen.

Herr Prange fragt, wo die Kassenkredite in der Schuldenübersicht abgebildet werden und ob diese in der Pro-Kopf-Verschuldung ausgewiesen werden. Herr Wulfänger erläutert, dass die Höhe der Kassenkredite aus Gründen der Klarheit in der Präsentation neben den aus langfristigen Darlehen resultierenden Schulden dargestellt wird. In der Pro-Kopf-Verschuldung sind die Kassenkredite jedoch laut Frau Hoppe nicht enthalten.

Im Anschluss erläutert Frau Hoppe anhand der Präsentation die im Haushaltsplan veranschlagten Erträge im Vergleich zum Vorjahr. Im Bereich der Kreisumlage, so Frau Hoppe, ergibt sich durch die Erhöhung auf 43,94 % ein Mehrertrag. Herr Wulfänger führt an, dass die Fraktionsvorsitzenden Übersichten zur Verfügung gestellt wurden, die die Verteilung der Erhöhung der Kreisumlage in Höhe von insgesamt 500 TEUR abbildet. Allein die Stadt Arneburg trägt einen Anteil in Höhe von ca. 300 TEUR Euro, die Stadt Tangermünde 91 TEUR, sodass sich für die übrigen Gemeinden eine Erhöhung im Bereich um ca. 1 TEUR ergeben wird.

In den nachfolgenden Folien geht Frau Hoppe näher auf die einzelnen Erträge im Haushaltsplan 2015 ein. Bei der Position Auftragskostenerstattung wird im Haushaltsplan davon ausgegangen, dass im Vergleich zu 2014 ca. 2,5 Millionen Euro weniger zu erwarten sind. Als Prognose für das Jahr 2015 schätzt der Landrat, dass wahrscheinlich in den Bereichen Auftragskostenerstattung und Mehrbelastungsausgleich Asyl Mehreinnahmen zu erwarten sind und man im Gegenzug jedoch bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen eine andere Berechnungsgrundlage verwenden wird, sodass sich saldiert bei den Einnahmen kein positiver Effekt ergeben wird.

Frau Hoppe fährt mit den Aufwendungen des Haushaltsplanes 2015 fort.

Herr Hellmuth führt an, dass im Vorbericht die Erhöhung sowohl der Transferaufwendungen, als auch der sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr mit gestiegenen Kosten der Unterkunft begründet wird. Er fragt, ob es sich hierbei um einen Fehler handelt. Frau Hoppe erklärt daraufhin, dass sich die Kosten Leistungen nach SGB II in beiden Aufwandpositionen widerspiegeln und es sich daher um keinen Fehler im Vorbericht handelt.

In den folgenden Folien erläutert Frau Hoppe die einzelnen Aufwendungen näher. Im Produkt Hilfen für Asylbewerber hinterfragt Herr Kühnel die Bedeutung der Krankenhilfe. So fragt er, ob die Möglichkeit besteht, bei Asylbewerbern zum Zwecke einer kostengünstigeren Behandlung auf einen Umzug hinzuwirken. Herr Schirmer führt daraufhin an, dass Asylbewerber seit kurzem ihren Wohnort frei bestimmen können.

Frau Hoppe fährt mit ihrer Präsentation fort. Bei den freiwilligen Leistungen im Haushaltsjahr 2015 hinterfragt Herr Schirmer die Gründe für die gestiegene Umlage für die Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung mbH. Herr Wulfänger erklärt daraufhin, dass unter anderem gestiegene Beiträge zur Berufsgenossenschaft zur Ergebnisverschlechterung der Gesellschaft beitragen. Außerdem geht er näher auf einzelne Maßnahmen ein, die der negativen Entwicklung entgegen wirken sollen. Für den nächsten Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss wird Herr Wulfänger den Geschäftsführer der Gesellschaft, Herrn Rühlmann, einladen, sodass dieser die Situation aktuell näher erläutern kann. Ergebnis des Austausches zu diesem Thema ist, dass das Ziel, die Gesellschaft auf Grund ihrer wichtigen Aufgaben zu halten, weiterhin bestehen bleibt und die zuvor festgelegte Höhe der Umlage in Höhe von 200 TEUR ab 2016 weiterhin gilt.

Im Folgenden erläutert Frau Hoppe den Eckdatenstellenplan näher. So führt sie an, dass für den Bereich Asylbewerber zwar 11 zusätzliche Stellen in 2015 eingeplant werden mussten, jedoch durch Einsparungen in anderen Bereichen nur ein Mehrbedarf von insgesamt 5 Stellen besteht. Herr Dr. Böhm erfragt, ob bei diesen 11 zusätzlichen Stellen ein Psychologe und ein zusätzlicher Arzt für die Asylbewerber enthalten sind. Er führt an, dass durch die Herkunft aus Krisenregionen teilweise massive psychische Belastungen herrschen, sodass behandelnde Ärzte ohne Behandlung dieser psychischen Belastungen nur gering zur Verbesserung der Situation der Asylbewerber beitragen können. Als eine Lösungsalternative sieht er eine psychologische Betreuung durch Maßnahmen des Gesundheitsamtes. Zwar würde dies zunächst die Kosten steigern, jedoch nach und nach zu einer Senkung der Kosten durch Behandlungserfolge führen. Herr Wulfänger entgegnet daraufhin, dass die Behandlung ohne das kassenärztliche System nicht geleistet werden kann und dass der Landkreis Stendal seit einigen Jahren unbesetzte Stellen in diesen Bereichen hat und es daher auch schwer sein wird, für diese Fälle einen Arzt zu finden.

Frau Hoppe geht darauffolgend auf die genaue Aufteilung der neuen Stellen ein. Dazu ergänzt der Landrat, dass ca. pro 100 Asylsuchenden in der Gemeinschaftsunterkunft 1 Stelle eingeplant wurde. Im Jahr 2015 geht man von insgesamt zusätzlichen 500 Asylbewerbern aus, die zusätzlich eine Verwaltungskraft erforderlich machen, sodass sich insgesamt 6 zusätzliche Stellen in der Gemeinschaftsunterkunft ergeben. Herr Dr. Böhm fragt daraufhin, wie viele Kinder eingeplant wurden. Herr Wulfänger erklärt, dass es hierzu bereits Hochrechnungen

gegeben hat, da dies Auswirkungen auf Kindertagesstätten und Schulen haben wird. Dies führt unter anderem dazu, dass die Sekundarschule "Wladimir Komarow" Stendal wieder in das Förderprogramm STARK III aufgenommen werden konnte, da hier die Mindestzahl an Schülern in Höhe von 240 wieder erreicht werden kann.

Anschließend fährt Frau Hoppe mit der Präsentation fort, indem sie die geplanten Investitionen 2015 vorstellt. Herr Dr. Böhm fragt, ob die gestiegene Anzahl an Asylbewerbern auch dazu führt, dass die Grundschule „Petri-kirchhof“ wieder in das Sanierungsprogramm der Stadt aufgenommen werden kann. Herr Wulfänger erläutert daraufhin, dass der Landkreis Stendal mit der Stadt Stendal als Träger der Schule in Kontakt steht.

Herr Schirmer bittet um Zusendung der Präsentation zum Haushaltsplan 2015 vor der Niederschrift. Frau Hoppe wird ihm die Präsentation zur Verfügung stellen.

Zum Abschluss merkt Herr Prange an, dass die Kommunen nicht mehr arbeitsfähig sind und die kommunale Selbstverwaltung nicht mehr besteht. Abschließend stellt Herr Wulfänger fest, dass insgesamt nicht ausreichend Mittel im FAG enthalten sind und das alle, ob Kommune oder Landkreis, mit fehlenden Mitteln zu kämpfen haben.

Für den Haushaltsplan werden die Änderungsblätter zum 11.12.2014 fertiggestellt. Außerdem werden das Haushaltskonsolidierungskonzept und Bewirtschaftungsgrundsätze noch nachgereicht. Herr Schirmer fragt, bis wann die Unterlagen nachgereicht werden. Herr Wulfänger legt als Termin den 11.12.2014 fest.

Weitere Anfragen und Hinweise bestehen nicht.

**zu TOP 7 2. Berichtserstattung zur Budgetentwicklung (Stand 30.09.2014)**  
**- Mitteilungsvorlage -**  
**Vorlage: 062/2014**

Die vorbereitete PowerPoint Präsentation wird von Frau Michaelis vorgestellt. Laut der 2. Budgetprognose wird ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von 626,3 TEUR angenommen. Die Abweichung vom geplanten ordentlichen Ergebnis in Höhe von 77 TEUR positiv wird hauptsächlich durch höhere Abschreibungen verursacht. Mit Fortschreiten der Erstellung der Eröffnungsbilanz konnte erstmalig eine Hochrechnung auf realistischen Zahlen erfolgen. Die Ergebnisse der Hochrechnung zeigen, dass der Saldo aus den Erträgen aus der Auflösung aus Sonderposten und der Abschreibungen das Haushaltsjahr im Vergleich zum Planansatz um 1,5 Millionen Euro zusätzlich belasten. Diese Belastung sowie der Mehrbedarf, der sich hauptsächlich aus den Bereichen Grundsicherung für Arbeit und Asyl ergibt, kann durch Mehreinnahmen nach dem FAG in Höhe von 1,9 Millionen derart abgefangen werden, dass sich das negative ordentliche Ergebnis auf ca. 600 TEUR belaufen wird.

Das Hochwasser 2013 wird zwar auch Einfluss auf das Jahresergebnis 2014 insgesamt haben, jedoch spielt es in der Budgetprognose nur eine untergeordnete Rolle. So spiegeln sich Aufwendungen und Erträge im außerordentlichen Ergebnis wieder. Dieses ist seiner Bestimmung nach nicht vorhersehbar und auch nicht vollumfänglich steuerbar, sodass es auch nicht zum Zweck der Budgetprognose, der in der Auswertung der Wirtschaft des laufenden Haushaltsjahres liegt, betrachtet wird.

*zur Kenntnis genommen*

**zu TOP 8 Anfragen und Hinweise**

Weitere Anfragen und Hinweise bestehen nicht, sodass Herr Wulfänger öffentlichen Teil der Sitzung beendet. Die Sitzung ist somit auch für den Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beendet.